

**Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 25. April 2017**

Sitzung Nr. 6 Ö

am Dienstag, 25. April 2017

Die Sitzung ist öffentlich.

Sitzungsort: Ratssaal, Rathaus

Anwesend waren:

Vorsitzender: Bürgermeister Dr. Alexander Eger

Gemeinderäte: Albert, Erwin-Peter
Back, Udo
Dittmann, Rouven
Geider, Adolf
Grün, Klaus
Herling, Michael
Kamuf, Carsten
Klemenzt, Birgit
Knopf, Norbert
Köck, Siegfried
Krenzke, Marina
Rehorst, Tobias
Ronellenfisch Andrea
Runde, Anneliese
Speckert, Ferdinand
Thome Manuel
Vetter, Theo
Weis, Torsten
Prof. Dr. Werner, Wolfgang

Protokollführung: Reich, Anette

Gäste: Dietz, Peter (bis 21.45 Uhr)
Kleiber, Werner
Zorn, Harry (bis 21.09 Uhr)
Freiseis, Ralf, Planungsbüro Zieger-Machauer GmbH (TOP 10)
Gericke, Elke, Modus Consult (TOP 4 bis 6)

Sitzungsbeginn: 19:03 Uhr

Sitzungsende: 22:03 Uhr

Die Sitzung wird von dem Vorsitzenden mit der Feststellung eröffnet, dass die Damen und Herren Gemeinderäte mit Schreiben vom 13.04.2017 ordnungsgemäß geladen wurden. Von den 22 geladenen Mitgliedern des Gemeinderates sind 19 erschienen. Der Gemeinderat ist somit beschlussfähig.

Es fehlen entschuldigt: Gemeinderat Rudi Heger
Gemeinderat Roman Heger
Gemeinderat Achim Schell

Es fehlen unentschuldigt: keine

Sitzung am: Dienstag, 25. April 2017 Nr. 6 Ö

Tagesordnungspunkt: 1

**Bekanntgabe der am 28.03.2017 nichtöffentlich
gefassten Beschlüsse und Offenlage der
öffentlichen Sitzungsprotokolle vom 14.03.2017 und 28.03.2017 - 022.3 -**

Ausführungen und Beschluss:

Die Protokolle der öffentlichen Gemeinderatssitzungen vom 14.03.2017 und 28.03.2017 lagen offen.

Aus der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung vom 28.03.2017 informiert **Bürgermeister Dr. Eger** über die

Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 25. April 2017

Auflösung eines Arbeitsverhältnisses und die Neuausschreibung einer Stelle im Eigenbetrieb Abwasser-versorgung sowie über die Einstellung zweier Fachangestellten für Bäderbetriebe im Hallenbad. Der Gemeinderat stimmte der Erhöhung des Stundenumfanges im Fachbereich Asyl zu und beauftragte die Verwaltung, zu gegebener Zeit gemäß dem Anforderungsprofil Fallmanager eine Stellenausschreibung durchzuführen.

Sitzung am: Dienstag, 25. April 2017 Nr. 6 Ö Bestellung von Urkundspersonen	Tagesordnungspunkt: 2 - 022.3 -
--	--

Ausführungen und Beschluss:

Turnusgemäß werden **Herr Gemeinderat Klaus Grün** und **Herr Gemeinderat Carsten Kamuf** als Urkundspersonen vorgeschlagen.

Der Vorschlag wird einstimmig angenommen.

Sitzung am: Dienstag, 25. April 2017 Nr. 6 Ö Wünsche und Anfragen aus der Bevölkerung	Tagesordnungspunkt: 3 - 022.3 -
--	--

Ausführungen und Beschluss:

Frau Maria Ittensohn, möchte unter Hinweis auf Schlaglöcher in der Walldorfer Straße wissen, wann diese saniert wird.

Bürgermeister Dr. Eger antwortet, dass für diese Straße wie auch für die Bahnhofstraße Mittel für eine Deckensanierung im diesjährigen Haushalt eingestellt sind. Der Zeitpunkt muss in Abhängigkeit zur Umgestaltung des dortigen Knotens gewählt werden, um Abschnitte bilden zu können. Die Ausschreibungen erfolgen erst nach der Grundsatzentscheidung.

Sitzung am: Dienstag, 25. April 2017 Nr. 6 Ö	Tagesordnungspunkt: 4
---	------------------------------

Umgestaltung Knoten Hauptstraße/Walldorfer Straße
und Umgestaltung Tullastraße
hier: Erneute Beratung der Vorentwürfe

- 650.2 -

Ausführungen und Beschluss:

Bürgermeister Dr. Eger berichtet über die Sorge der Geschäftsinhaber, die keine Gestaltungskritik üben möchten, sondern für die Dauer der Baumaßnahme Beeinträchtigungen ihres Geschäftsbetriebes befürchten. Im Zuge der Umgestaltung ist aus seiner Sicht zwingend geboten, die 50 bis 60 Jahre alten Versorgungsleitungen ebenfalls zu erneuern, weshalb die Maßnahme nur abschnittsweise vorangetrieben werden kann.

Bauamtsleiter Werner Kleiber hält Sachvortrag gemäß der Sitzungsvorlage.

Frau Elke Gericke vom Büro Modus Consult Karlsruhe erläutert anhand einer Präsentation die vier verschiedenen untersuchten Varianten. Variante 5 basiert auf Variante 4 und enthält die Anregungen nach dem neuesten Stand. Insbesondere entfällt die Mittelinsel vor der Tullastraße wegen der Feuerwehrausfahrt und vor dem Schuhhaus können weitere Stellplätze eingeplant werden.

Gemeinderat Theo Vetter kann für die Freien Wähler der Variante 4 näher treten. Den Verzicht auf die Querungshilfe erachten sie nur unter dem Aspekt der schnellen Ausfahrtmöglichkeit für die Feuerwehr als sinnvoll. Die Anregungen der Freien Wähler und die Anliegen der Feuerwehr sieht er eingearbeitet. Bezüglich der Busbuchten sind sie offen auch für die bestehende Lösung und regen an, vor einem Umbau die Haltstelle probeweise auf die Straße zu verlegen. Er möchte wissen, ob die über sieben Meter Straßenbreite hinausgehende Breite anderweitig verwendbar ist, wenn auf die Querungshilfe verzichtet wird. Er hakt nach, inwieweit die kirchenseitige Verbreiterung des Gehweges an der Walldorfer Straße berücksichtigt ist. Die Sorge der Gewerbetreibenden soll die Verwaltung ernst nehmen und die Planungen rechtzeitig mit ihnen abstimmen. Er möchte wissen, ob die Verwaltung bereits Gespräche mit der Sparkasse bezüglich des Erwerbs der dortigen Parkflächen aufgenommen hat. Er signalisiert Zustimmung für die Punkte 1, 2 sowie 5 bis 7 und hofft auf Unterstützung einer temporären Verlegung der Bushaltestelle auf die Fahrbahn.

Bürgermeister Dr. Eger weist darauf hin, dass die Straßenbreite nicht zu gering ausfallen darf, weil es sonst in dem leichten Kurvenbereich bei der Begegnung zweier Busse Probleme geben kann. Mit der Sparkasse müssen noch Gespräche geführt werden, jedoch wäre wegen des Stellplatznachweises eine Nutzungsänderung Voraussetzung. Die provisorische Einrichtung einer Bushaltestelle auf der flachen Fahrbahn sieht er zum Scheitern verurteilt.

Niederschrift zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 25. April 2017

Frau Elke Gericke ergänzt, dass die Lichtsignalanlage bereits jetzt einen Rückstau bewirkt, und man hätte den Nachteil des zu hohen unbequemen Einstieges.

Gemeinderat Michael Herling befürwortet den Beschlussvorschlag in allen Punkten und begrüßt die Mischverkehrsfläche in der Tullastraße sowie die zusätzlichen Parkflächen im hinteren Bereich. Der Verzicht auf eine Querungshilfe ist der ungehinderten Feuerwehrausfahrt zu schulden. Die Busbuchten sollen umgesetzt werden, da zeitweilige Rückstaus für die Abbiegesituation in die Walldorfer Straße benötigt werden. Er möchte daran erinnern, dass durch die bisherigen Maßnahmen bereits ein Rückgang von 20 % Kfz-Verkehr und 55 % Schwerlastverkehr zu verzeichnen ist, zudem sollen die Gehwege breit genug gestaltet werden. Bei der Bildung der einzelnen Bauabschnitte möchte er die Gewerbetreibenden und die Gemeinderatsfraktionen frühzeitig eingebunden wissen.

Gemeinderat Carsten Kamuf ist für eine Umgestaltung in einem wirtschaftlichen Rahmen zur Verbesserung der Barrierefreiheit, der Verkehrsberuhigung und der Verkehrssicherheit. Um die Folgen für den Einzelhandel zu mildern, ist er für ein abschnittsweises Vorgehen. Er stellt einen kompletten Rückbau der Ampelanlage in Frage und plädiert für eine Bedarfsampel. Die rein optische aufwendige Neugestaltung der Tullastraße hält er nicht für vorrangig notwendig. Er fragt, weshalb der Kirchenbereich als Konzeptidee mit verabschiedet werden soll.

Bauamtsleiter Wernern Kleiber erläutert, dass der Kirchenbereich komplett überplant werden soll, um die Optionen aufzuzeigen und im Falle der Zustimmung mit den Verantwortlichen darüber zu verhandeln.

Der Beitrag von **Gemeinderat Udo Back** wird gemäß § 31 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderates im Wortlaut ins Protokoll aufgenommen: „Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger, Ratskolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Dr. Eger, es geht hier immer noch um den ursprünglichen Antrag der Freien Wähler über die Abschaltung der Ampelanlage in der Hauptstraße. Über diesen Antrag ist bisher noch nicht mit ja oder nein entschieden worden. Deshalb verwundert es uns sehr, dass alle vom Planungsbüro Modus Consult vorgelegten Varianten keine Ampelanlage beinhalten. Wir als CDU St. Leon-Rot lehnen die vorgelegten Varianten ohne Ampel für die drei Straßenquerungen und den Fahrzeugverkehr in dieser Form strikt ab. Die Bürgerinnen und Bürger, mit denen wir gesprochen haben, tun dies ebenfalls. Die Anwohner sprechen sich für die Beibehaltung aus, selbst der Vertreter der Polizei fordert den Erhalt der Signalanlage. Darüber hinaus bestätigte eine durchgeführte Verkehrszählung, die unerklärlicherweise sogar zu einem Zeitpunkt außerhalb der Schulzeit erfolgte, die Notwendigkeit der Ampelanlage. Bei allen Varianten sehen wir zudem keinen verbesserten Schutz für Radfahrer oder eine Mindestbreite für Gehwege zur Verbesserung der Fußgängersituation. Eine Stellungnahme von Vertretern der Parkringschule sowie der Kindergärten wäre hier aus unserer Sicht zwingend erforderlich, denn der Schutz der unerfahrensten und schwächsten Verkehrsteilnehmer, unsere Kinder, sollte hier nicht vergessen werden. Oberstes Ziel im Ortsteil Rot ist in diesem Bereich nach wie vor die Verkehrsberuhigung, um den Verkehr auf die Umgehungsstraße umzuleiten. Dies wird zum Beispiel durch die Auflösung der Bushaltebucht unterstützt. Ein Grund für die Abschaltung der Signalanlage im Antrag der Freien Wähler sind die Wartezeiten für Autos. Warum wir auf der einen Seite Wartezeiten bewusst erzeugen und auf der anderen Seite diese dann wieder beanstanden und dafür noch 750.000€ ausgeben wollen, erklärt sich uns nicht. Wir als CDU St. Leon-Rot stellen hiermit den Antrag, Varianten mit Ampelanlage zu planen. Dem Antrag ohne Ampelanlage werden wir nicht zustimmen. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.“

Frau Elke Gericke informiert, dass die Verkehrszählung an regulär zulässigen Zähltagen über 24 Stunden durchgeführt wurde. Hieraus wurden die Spitzen zur Dimensionierung der Leistungsfähigkeit des Knotens ermittelt.

Gemeinderat Rouven Dittmann zeichnet als Ziel der Jungen Liste, die Aufenthaltsqualität in der Ortsmitte zu verbessern. Anstatt der wegen der gegebenen Grundstückssituation unmöglichen größeren Lösung kommt die Variante 4 nun diesem Ziel durch breitere Fußwege, langsameren Verkehr durch engere Straßen und verlangsamende Bushalte sehr entgegen. Eine Fußgängersignalanlage ist auf dem Weg zur Schule wichtig. Er unterstützt Gespräche mit der Sparkasse wegen des Parkplatzes und wünscht, dass die Fahrradwege besser eingebunden werden.

Frau Elke Gericke legt dar, dass unter der Prämisse von Tempo 30 Radfahrer problemlos auf der Fahrbahn mitgeführt werden können. Ein Schutzstreifen für Radfahrer würde wegen der Fahrbahnbreite auf Kosten der Stellplätze gehen.

Gemeinderat Norbert Knopf sieht in dem ohnehin anstehenden Sanierungsbedarf der Versorgungsleitungen die Gelegenheit für einen Umbau. Er begrüßt die Verkleinerung der Pkw-Verkehrsfläche und den Wegfall der Ampelanlage, wobei durch die Aufgabe der Linksabbiegespur eine Fußgängerbedarfsampel, Zebrastreifen

Niederschrift zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 25. April 2017

und Querungshilfe erhalten bleiben, die bei der geringeren Straßenbreite für ausreichend Sicherheit sorgen werden. Er erinnert an seine Anregungen, dass die Querungshilfe zum Teil ebenerdig barrierefrei und zum Teil für Sehbehinderte ausgeführt werden soll. Er regt an, den Radverkehr mit Piktogrammsspuren sichtbar zu machen. Die Busbuchten trägt er mit wie vorgeschlagen und bittet die Bauabschnitte mit den Gewerbetreibenden abzustimmen.

Gemeinderat Siegfried Köck bittet um Stellungnahme, warum am Knoten keine Kreisellösung vorgesehen wird, und möchte die Verbreiterung des Fußweges an der Kirche gewährleistet wissen. Er erinnert an den Antrag der Freien Wähler, den Verkehr im Ortsteil Rot zu beruhigen, damit Fußgänger und Radfahrer sicher sind und die örtlichen Einkaufsmöglichkeiten genutzt werden können. Der Rückbau der Busbuchten macht aus seiner Sicht Sinn, damit vonseiten der Walldorfer Straße Verkehr abfließen kann. Er möchte wissen, ob die Parkplätze vor dem Bistro nicht zu sehr risikobehaftet sind.

Frau Elke Gericke bestätigt, dass im nächsten Planungsschritt die Verbreiterung des kirchenseitigen Gehweges so weit wie möglich optimiert wird.

Bürgermeister Dr. Eger fasst zusammen, dass der Kreisverkehr als große Lösung mit größerem Kirchenvorplatz aufgrund der gegebenen Grundstückssituation nicht zu realisieren war und auch eine Insellösung nicht mehrheitsfähig gewesen wäre.

Frau Elke Gericke ergänzt, dass auch ein Mini-KVP aus Verkehrssicherheitsgründen nicht realisierbar war, da dieser auch auf Kosten der Gehwegbreite gegangen wäre.

Bürgermeister Dr. Eger ist es wichtig, dass die Stellplätze vor dem Imbiss vorwärts anfahrbar eingeplant werden.

Gemeinderat Klaus Grün hält die Sicherheit des Verkehrsknotens nur in der bestehenden Ampelanlage für gewährleistet und sieht in einem Umbau keinen Sinn. Die Fahrbahnerneuerungen und damit verbundenen Tiefbaumaßnahmen sind davon unabhängig durchzuführen.

Gemeinderätin Marina Krenzke bittet um frühzeitige Abstimmung mit den Gewerbetreibenden, so dass höchstens ein Weihnachtsgeschäft davon betroffen ist, und verweist auf deren Dispositionszeiträume von oft einem Jahr.

Bürgermeister Dr. Eger stellt klar, dass diesbezügliche Rücksichten, wie z. B. die Verlegung der Bauarbeiten auf die Sommerferien, den Bieterkreis erheblich reduzieren und sich die Maßnahme verteuern kann.

Gemeinderat Theo Vetter hebt darauf ab, dass über den Antrag der Freien Wähler auf Rückbau der Ampelanlage nur deswegen noch nicht abgestimmt wurde, weil man ihn im Rahmen der Umgestaltung des Knotens behandeln wollte.

Bürgermeister Dr. Eger stellt klar, dass bei Beibehaltung der Ampelanlage auch die Linksabbiegespur wegen der Grünphasenschaltung erhalten bleiben muss.

Frau Elke Gericke bestätigt, dass die Leistungsfähigkeit des Verkehrsknotens bei Beibehaltung der Ampelanlage nur in der bestehenden Konstellation möglich ist.

Gemeinderat Ferdinand Speckert sieht in den vorgelegten Varianten keine Verbesserungen. Die beiden Kreisellösungen Erlengrund und am Engel haben bereits Verbesserungen erzielt. Bei Variante 4 fehlt ihm die Verkehrssicherheit, da in der Walldorfer Straße keine Bedarfsampel für Fußgänger vorgesehen ist. Er mahnt Fußgänger- und Radfahrerschutz an und unterstützt den Piktogrammorschlag im Hinblick darauf, dass ältere Menschen kein Vertrauen in Tempo 30 haben. Aufgrund des Risikos existenzgefährdender Situationen für die Gewerbetreibenden ist er für Fristaufträge mit Konventionalstrafen.

Bürgermeister Dr. Eger verweist darauf, dass die mit der Umgestaltung einhergehenden Tiefbaumaßnahmen an den Trinkwasserleitungen äußerst sorgfältig ausgeführt werden müssen, verbunden mit Spülungen und Beprobungen, bevor die Decke aufgebracht wird, damit keine Verkeimung eintritt wie unlängst in einer benachbarten Gemeinde. Es steht jedoch außer Frage, dass die Trinkwasserleitungen in diesem Bereich wegen Verkrustungen, derentwegen sie für bakterielle Ablagerungen anfällig werden, sowieso in den nächsten Jahren saniert werden müssten. Der Rückbau der Ampelanlage würde den ursprünglichen Zustand von 1999 mit seinem heute wieder auf jenes Niveau reduzierten Verkehrsaufkommen wiederherstellen. Einem dritten Minikreisel würde er seine Zustimmung nicht geben, da die bereits bestehenden beiden Minikreisel keine ungeteilte Akzeptanz finden.

Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 25. April 2017

Gemeinderätin Anneliese Runde stellt einen Schlussertrag gemäß § 17Abs. 5 der Geschäftsordnung des Gemeinderats.

Der Gemeinderat lehnt den Schlussertrag mit 7 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen ab.

Gemeinderat Michael Herling möchte wissen, inwieweit durch die Umbaumaßnahme die Planungsziele Steigerung der Aufenthaltsqualität und Reduzierung der Verkehrsbelastung erreicht werden können, und bittet um eine Bewertung des Piktogrammorschlags.

Frau Elke Gericke erläutert, dass nur der Durchgangsverkehr, nicht jedoch der Ziel- und Quellverkehr verlagert werden kann, es wird eine Verbesserung eintreten, jedoch kann sie jetzt noch nicht quantifiziert werden. Die Radpiktogramme sind eine positive Maßnahme, sollten sich jedoch nicht nur auf den Verkehrsknoten beschränken, sondern sich auf den gesamten Hauptradtrassen finden.

Bürgermeister Dr. Eger sagt eine Prüfung von guten diesbezüglichen Beispielen zu. Vonseiten der Gewerbetreibenden wurde auch der Wunsch geäußert es möge nicht zu ruhig werden im Ortskern, was eine Gratwanderung zwischen Verkehrsreduktion und Ortskernattraktivierung bedeutet.

Gemeinderätin Birgit Klemenz befürwortet den Umbau unter Beibehaltung der bestehenden Ampelanlage.

Frau Elke Gericke informiert, dass nach den aktuellen Verkehrszahlen die Leistungsfähigkeit des Knotenpunktes auch ohne Lichtsignalanlage gegeben ist, das heißt, dass der Knotenpunkt durch die Ampelregelung nicht besser und nicht schlechter wird. Für die Fußgänger wird eine sichere Querung angeboten: die Lichtzeichenanlage, die Querungshilfe mit Mittelinsel und ein Fußgängerüberweg im untergeordneten Zweig. Zusätzlich wird Platz für Gehwegverbreiterung und Stellplätze gewonnen.

Bürgermeister Dr. Eger stellt klar, dass entweder der Ist- Zustand mit Ampelanlage und Linksabbiegerspur erhalten bleibt oder bei Wegfall der Ampelanlage auch die Linksabbiegespur entfallen kann. Ein Kompromiss ist eine Teilbeampelung für die Fußgänger.

Gemeinderat Carsten Kamuf stellt fest, dass bei Beibehaltung der Ampelanlage und dementsprechend auch der Linksabbiegerspur lediglich keine Stellplätze auf der rechten Seite geschaffen werden können.

Gemeinderat Adolf Geider kann mit einer Ampellösung leben und verweist auf die Fußgängerampeln an der Hauptstraße und früher auch an der Kastanienschule. Mit Tempo 30 kann viel Verkehr aus dem Ort herausgehalten werden, deswegen sollten Tempoüberschreitungen geahndet werden.

Gemeinderat Udo Back wiederholt seinen Antrag auf Planung einer Variante mit Beibehaltung der bestehenden dreiseitigen Ampelanlage.

Der Gemeinderat lehnt diesen Antrag mit 6 Ja-Stimmen 13 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung ab.

Bürgermeister Dr. Eger stellt folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

- 1. Der Knotenpunkt Haupt- /Walldorfer-/ Tullastraße wird gemäß Planvariante 5 der Präsentation umgestaltet, die die Beschlussvorschläge 2 bis 5 enthält. Die Anbringung von Radpiktogrammen auf den Hauptradtrassen wird geprüft.**
- 2. Die Fußgängerbedarfsampel (ohne Mittelinsel) wird im Bereich der Tullastraße vorgesehen.**
- 3. Der barrierefreie Umbau der Bushaltestelle auf der Nordseite (vor Gasthaus Löwe) erfolgt ohne Busbucht.**
- 4. Der barrierefreie Umbau der Bushaltestelle auf der Südseite erfolgt mit Busbucht.**
- 5. Die Haltebucht in der Walldorfer Straße wird zu öffentlichen Stellplätzen umgebaut.**

Der Gemeinderat stimmt diesem Beschlussvorschlag mit 14 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen zu.

**Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 25. April 2017**

Der Gemeinderat beschließt mit 17 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 2 Enthaltungen:

6. **Die Verwaltung und die Betriebsleiter der Eigenbetriebe Abwasser und Wasserversorgung werden ermächtigt, beim Büro Modus Consult, Karlsruhe (Straßenbau) und Büro Mohn, Karlsruhe (Wasser und Kanal) die erforderlichen Ingenieurleistungen gem. HOAI zu beauftragen.**
7. **Die Verwaltung wird beauftragt, Ausführungspläne für realisierbare Teilabschnitte auszuarbeiten und mit den betroffenen Anliegern/Gewerbetreibenden abzustimmen. Die hierfür notwendigen Mittel werden bewilligt.**

Sitzung am: Dienstag, 25. April 2017 Nr. 6 Ö	Tagesordnungspunkt: 5
Bebauungsplan „Oberfeld“ hier: Vorstellung und Entscheidung des Gestaltungskonzepts	- 621.41 -

Ausführungen und Beschluss:

Bauamtsleiter Werner Kleiber hält Sachvortrag gemäß der Sitzungsvorlage.

Frau Elke Gericke erläutert die Varianten des Gestaltungskonzeptes anhand einer Präsentation.

Gemeinderat Theo Vetter kritisiert an Variante 1.2, dass sie zu einem Durchschuss wie in der Ernst-Barlach-Straße verleitet, und tendiert deshalb zu Variante 2.2, weil diese verkehrstechnisch auch die bessere Anbindung der hinteren Fläche ermöglicht. Er möchte wissen, ob der Bebauungsplan zwei Stellplätze pro Wohnungseinheit vorsieht, ein Spielplatz gebraucht wird, öffentliche Stellplätze vorgesehen sind und die Dachausrichtung bei Variante 2.2 Photovoltaikanlagen ermöglicht.

Frau Elke Gericke antwortet, dass mindestens ein Stellplatz pro Wohneinheit vorzusehen ist, aber auch zwei festgesetzt werden können; in der Regel geben Kommunen bei Einfamilienhausbebauung 1,5 bis zwei Stellplätze vor. Die Straßenquerschnitte sind so bemessen, dass Parkierung im öffentlichen Raum möglich ist, als Richtschnur wird angesetzt, dass 30 % der Anzahl der Wohneinheiten im öffentlichen Raum untergebracht werden können. Photovoltaikanlagen können zwischenzeitlich auf Dachneigungen von 20 bis 50 Grad ausgerichtet werden, ansonsten hängt es vor allem von der noch festzusetzenden Dachform ab. Spielplätze wären auf den vorzusehenden Grünflächen möglich, ihr Bedarf müsste mit der Verwaltung geprüft werden.

Bürgermeister Dr. Eger wirft ein, dass die Gebietsgröße nicht zwingend einen Spielplatz fordert. Er bittet um Ausführung, welche Überlegungen hinter der Anordnung von Doppelhäusern gegenüber den Einfamilienhäusern geführt haben.

Frau Elke Gericke führt aus, dass es vorteilhafter ist, ein durchgehendes Baufenster für Doppelhaus- und Einfamilienhausbebauung auszuweisen, um flexibler auf die Marktlage reagieren zu können. Vom Gestalterischen her würde man die größeren Grundstücke zur Landschaft hin orientieren.

Gemeinderat Michael Herling wägt die 46 Wohneinheiten gegenüber den 43 Wohneinheiten sowie die unterschiedlichen Straßenführungen der beiden Varianten ab und möchte wissen, ob die untere Achse der L-Straße zwingend erforderlich ist, da hierdurch Baufläche verloren geht.

Frau Elke Gericke antwortet, dass für eine Wendefläche mehr Fläche benötigt wird, als zur Verfügung steht, und zum anderen später eine weitere Randbebauung angeschlossen werden kann.

Bauamtsleiter Werner Kleiber ergänzt, dass für ein so großes Erschließungsgebiet eine zweite Zufahrt sowie Trassen für die Kanalisation und ein Ringschluss für die Trinkwasserzuleitung notwendig sind.

Gemeinderat Carsten Kamuf kann diese Überlegungen nachvollziehen, bedauert jedoch die Aufgabe hochwertiger Grundstücke in dieser Feldrandlage.

Gemeinderat Udo Back wünscht, dass die Haupteerschließungsstraße um das gesamte Gebiet herum an den Feldrand gelegt wird, weil Zu- und Abfahrtverkehr aus Richtung Malsch zu erwarten ist. Die Verlängerung der Viktoriastraße müsste keine Kraftfahrzeugstraße sein, sondern nur ein Rad- und Fußweg.

Gemeinderat Erwin-Peter Albert spricht sich für Variante 2.2 aus, weil der Vergleich mit der Ernst-Barlach-Straße sich aufdrängt. Gegenüber einer durchgängigen Straße ist man offen.

Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 25. April 2017

Gemeinderat Norbert Knopf hält Variante 1.2 gestalterisch für besser und begrüßt das Mehr an Wohneinheiten; Variante 2.2 überzeugt jedoch wegen der begrenzten Durchfahrbarkeit. Er unterstützt den Vorschlag, die Viktoriastraße als Rad- und Fußweg zu verlängern, jedoch nicht den Vorschlag, die Erschließungsstraße um das Wohngebiet herumzulegen. Er möchte wissen, ob ein Blockheizkraftwerk möglich ist.

Bürgermeister Dr. Eger antwortet, dass diese Frage erst im weiteren Verfahren zu behandeln ist.

Auf Frage von **Gemeinderat Theo Vetter** bezüglich des großen Grundstückes im Anschluss an die Viktoriastraße antwortet **Herr Bauamtsleiter Werner Kleiber**, das man diesen Korridor als Verkehrsparzelle in jedem Fall belassen wird.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, dass die Variante 2.2 als Grundlage für den Bebauungsplan weiter entwickelt werden soll.

Der Gemeinderat lehnt mit 5 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung ab, dass die Haupterschließungsstraße von der Bahnhofstraße kommend um das gesamte Erschließungsgebiet verlängert wird.

Sitzung am: Dienstag, 25. April 2017 Nr. 6 Ö	Tagesordnungspunkt: 6
Bebauungsplan „Gemeindezentrum St. Leon-Rot, 1. Änderung“	
- Annahme des Entwurfs	
- weiteres Verfahren	- 621.41 -

Ausführungen und Beschluss:

Bauamtsleiter Wernern Kleiber hält Sachvortrag gemäß der Sitzungsvorlage. Die Bebauungsplanänderung wurde notwendig, weil die Erweiterung des Caritas-Seniorenzentrums auf einer Fläche erfolgen soll, die ursprünglich zur Kita Nutzung ausgewiesen war.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig:

1. Der Entwurfsplan vom Büro Modus Consult aus Karlsruhe vom April 2017 wird angenommen.
2. Die Verwaltung wird mit der Durchführung des weiteren Verfahrens beauftragt, unter anderem mit der ortsüblichen Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses nach § 2 Abs. 1 S. 2 BauGB und der Bekanntmachung nach § 13 Abs. 3 und § 13 a Abs. 3 BauGB, dass der Bebauungsplan im vereinfachten Verfahren ohne Durchführung einer Umweltprüfung aufgestellt werden soll, und mit der Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB und der Fachbehörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 und 2 BauGB.

Sitzung am: Dienstag, 25. April 2017 Nr. 6 Ö	Tagesordnungspunkt: 7
Flächennutzungsplan St. Leon-Rot 2020, 1. Teiländerung (betrifft: BP „Am Friedhof, östlicher Teil“)	
- Beschlussfassung über die im Rahmen der erneuten Beteiligung der Fachbehörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB sowie der Offenlage nach § 3 Abs. 2 BauGB vorgebrachten Anregungen	
- Feststellungsbeschluss	- 621.41 -

Ausführungen und Beschluss:

Bauamtsleiter Werner Kleiber hält Sachvortrag gemäß der Sitzungsvorlage.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig:

1. Der Gemeinderat beschließt die Abwägungsvorschläge zu den im Rahmen der erneuten Beteiligung der Fachbehörden und Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Anregungen gemäß beigefügter Liste.

Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 25. April 2017

2. Der „Flächennutzungsplan St. Leon-Rot, 1. Teiländerung“ in der Fassung der Offenlage mit Begründung und Umweltbericht wird abschließend festgestellt.

Der Vorsitzende unterbricht die Sitzung von 20.55 Uhr bis 21.05 Uhr.

Sitzung am: Dienstag, 25. April 2017 Nr. 6 Ö

Tagesordnungspunkt: 8

**Übertragung der Gemeinderatssitzungen im Internet
via Livestream**

hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

- 022.215 -

Ausführungen und Beschluss:

Der Beitrag von **Gemeinderat Norbert Knopf** wird gemäß § 31 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderates im Wortlaut ins Protokoll aufgenommen: „Zunächst möchte ich der Verwaltung für die Bearbeitung unseres Antrages danken. Ein Teil des Antrages betraf ja die Recherche über die aktuelle Rechtslage. Was war unser Anliegen für diesen Antrag. Es gibt zwei Entwicklungen, die uns bewogen haben diesen Antrag zu stellen. Zum einen wird viel über Digitalisierung und die Chancen der Neuen Medien berichtet. Die Arbeitswelt soll sich stark wandeln. Es gibt neue Möglichkeit sich umfassend zu informieren und ortsunabhängig zu arbeiten. Zum anderen gibt es eine breite Kritik an den Medien, dass diese nicht die volle Wahrheit sagen, sondern nur verwässerte Infos weiter geben. Zusammengedacht heißt das für uns, dass jedem die Quelle der Information, in unserem Falle die vollständige Gemeinderatssitzung, zur Verfügung stehen sollte. Dann kann jeder für sich entscheiden, was der einzelne Gemeinderat gesagt hat und wie er die Sache bewertet. Das heißt für uns Transparenz. Wir glauben nicht, dass damit Einschaltquoten wie beim Endspiel der Fußballweltmeisterschaft erzielt werden. Es geht darum Informationen umfassend und ortsungebunden zur Verfügung zu stellen und so mit den neuen Medien eine Möglichkeit zur Versachlichung zu bieten. Diesem Ziel steht aktuell der Datenschutz entgegen, wenn nicht jeder einzelne Gemeinderat einer Veröffentlichung zustimmt. Wir müssen diese Situation akzeptieren, auch wenn wir denken, dass das Gesetz hier geändert werden sollte. Wir halten die freie Information für das höhere Gut. Wir würden daher, wenn es zur keiner direkten Übertragung der Sitzung im Internet kommt, die Veröffentlichung eines Podcasts beantragen. Wenn dies in Konstanz möglich ist, warum nicht bei uns. Zumal jede Sitzung als Tonaufnahme ja vorliegt. Somit hält sich der Mehraufwand sicherlich in Grenzen. Ich kann mir auch gut vorstellen, dass einzelne Sitzungen zu prominenten Themen sicherlich gerne gehört werden. Zum Kritikpunkt, dass Tonaufnahmen von Gemeinderäten während der Sitzung das Redeverhalten verändern, möchte ich erwidern: Alles was wir hier reden, wird seit Jahren schon aufgezeichnet und ich denke nicht, dass sich das Verhalten verändert, nun weil der Personenkreis, der das hören kann sich erweitert. Darüber hinaus denke ich, dass mit der Möglichkeit der Überprüfung von Aussagen die Diskussion „wer hat was und wie gesagt“ aufhört und auch der gesamte Zusammenhang einer Aussage deutlicher wird. Sollte ich meine Aussagen machen, die ich hinterher bereue, so denke ich: Auch Politiker dürfen Fehler machen und diese erkennen und sich verbessern. Das trägt für mich auch zur Glaubwürdigkeit von Politik bei. Daher bitte ich den Antrag zu unterstützen und einer Veröffentlichung als Podcast zuzustimmen.“

Gemeinderat Tobias Rehorst begründet seine Ablehnung mit dem Datenschutz und dem Recht der informationellen Selbstbestimmung jedes einzelnen Mandatsträgers. Im Livestream sieht er keinen entscheidenden Vorteil gegenüber einer persönlichen Sitzungsteilnahme. Die Mediathek-Lösung zur Wiedergabe von Sitzungsinhalten hat gegenüber dem Protokoll auch keine größere Transparenz durch Bild und Ton. Eine potenzielle Weltöffentlichkeit kann auf das Ehrenamt auch abschreckend wirken, zumal die Mandatsträger nur für den örtlichen Kreis der Gemeinde zuständig sind. Er befürchtet einen hohen organisatorischen, personellen und finanziellen Aufwand, der außer Verhältnis steht zu dem Ergebnis an Spannung für den Bürger.

Gemeinderäte Prof. Dr. Wolfgang Werner, Ferdinand Speckert und Manuel Thome lehnen für ihre Fraktionen Filmaufnahmen ebenfalls ab und verweisen auf die Protokolle.

Bürgermeister Dr. Eger hält es für angebracht, das Interesse für Themen auf örtlicher Ebene durch persönliche Anwesenheit im Ratssaal zu zeigen. Er bewertet das Interesse an einer regen Streitkultur in Sachen Basisarbeit Demokratie höher als medial geschliffene Statements. Auch möchte er die Mandatsträger vor der Verbreitung von aus dem Zusammenhang gerissenen Äußerungen schützen.

Der Gemeinderat lehnt mit 2 Ja-Stimmen, und 18 Nein-Stimmen den Antrag ab.

**Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 25. April 2017**

Sitzung am: Dienstag, 25. April 2017 Nr. 6 Ö	Tagesordnungspunkt: 9
Änderung der Satzung über die Friedhofs- und Bestattungsgebühren	
a) Zuschlag für Bestattungen an Samstagen	
b) Anpassung der Gebühr für Sargträger und für musikalische Umrahmung	- 752.031 -

Ausführungen und Beschluss:

Hauptamtsleiterin Frau Anette Reich hält Sachvortrag gemäß der Sitzungsvorlage.

Gemeinderätin Anneliese Runde unterstützt den Verwaltungsvorschlag und beantragt, dass auch der Organist einen Samstagszuschlag erhalten soll.

Gemeinderat Prof. Dr. Wolfgang Werner beantragt, die Gebühr für die musikalische Umrahmung auf 50,00 € zu erhöhen. Des Weiteren ist er für den Verzicht auf die Gebührentatbestände bei verstorbenen Kindern bis 14 Jahren.

Bürgermeister Dr. Eger verweist die Veränderung von Gebührentatbeständen auf eine Neukalkulation der Friedhofsgebühren, wenn diese ansteht.

Gemeinderat Carsten Kamuf signalisiert Zustimmung

Der Gemeinderat beschließt einstimmig die Satzung über die Änderung der Satzung über die Friedhofs- und Bestattungsgebühren mit der Maßgabe der Erhöhung der Gebühr für die musikalische Umrahmung der Trauerfeierlichkeit auf 50,00 € und der Ausweitung des Samstagszuschlages auch auf die musikalische Umrahmung.

Sitzung am: Dienstag, 25. April 2017 Nr. 6 Ö	Tagesordnungspunkt: 10
Friedhöfe Rot und St. Leon, Wegesanierungen 3. BA hier: Auftragsgabe	- 752 -

Ausführungen und Beschluss:

Ortsbaumeister Peter Dietz hält Sachvortrag gemäß der Sitzungsvorlage.

Gemeinderat Carsten Kamuf stimmt der Maßnahme zu und fragt, wann die gärtnerbetreuten Grabfelder umgesetzt werden und ob im Falle einer Beisetzung dann eine Umbettung möglich ist.

Hauptamtsleiterin Anette Reich informiert, dass die gärtnerbetreuten Grabfelder nach der Anlegung der Wegeverbindungen im Zuge des dritten Bauabschnittes seitens der Genossenschaft Badischer Friedhofsgärtner bepflanzt werden.

Herr Ralf Freiseis Planungsbüro Zieger-Machauer GmbH ergänzt, dass die Bepflanzung sukzessive und entsprechend attraktiv erfolgen wird. Es werden Erd- und Urnenbestattungen möglich sein. Die Fertigstellung ist bis Mitte Oktober geplant.

Bürgermeister Dr. Eger sagt die Anschaffung von je 100 Gießkannen pro Friedhof zu.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig:

Die Verwaltung wird ermächtigt, den Auftrag für den 3. Bauabschnitt zur Wegesanierung in den Friedhöfen Rot und St. Leon zu einer vorläufigen Auftragssumme in Höhe von 497.806,24 € an die Firma Rapisarda aus Angelbachtal zu erteilen. Die Haushaltsmittel aus dem Jahr 2016 werden nach 2017 übertragen.

**Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 25. April 2017**

Sitzung am: Dienstag, 25. April 2017 Nr. 6 Ö	Tagesordnungspunkt: 11
Bürgerentscheid – „Rettet die Mühlen-Wiese“ hier: Umbesetzung Gemeindewahlausschuss	- 062.51 -

Ausführungen und Beschluss:

Bürgermeister Dr. Eger hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig das Ausscheiden von Gemeinderat Adolf Geider aus dem Gemeindewahlausschuss und bestimmt im Wege der Einigung durch Wahl Herrn Hans-Jürgen Back als Stellvertreter des Beisitzers Tobias Rehorst im Gemeindewahlausschuss.

Sitzung am: Dienstag, 25. April 2017 Nr. 6 Ö	Tagesordnungspunkt: 12
Bürgerentscheid und Bundestagswahl 2017; ehrenamtliche Entschädigung der Wahlhelfer	- 0621.51 + 062.11 -

Ausführungen und Beschluss:

Bürgermeister Dr. Eger hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

Die ehrenamtliche Entschädigung der Wahlhelfer für den Bürgerentscheid am 2. Juli 2017 und für die Bundestagswahl am 24. September 2017 wird auf jeweils 70 Euro festgesetzt.

Sitzung am: Dienstag, 25. April 2017 Nr. 6 Ö	Tagesordnungspunkt: 13
Änderung der Satzung über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit Auswirkungen der Novellierung der Gemeindeordnung Anpassung der Höhe der Entschädigung	- 021.1 -

Ausführungen und Beschluss:

Bürgermeister Dr. Eger hält Sachvortrag gemäß der Sitzungsvorlage. Die Höhe der Entschädigung für die ehrenamtliche Tätigkeit soll nach fast 20 Jahren angepasst werden, um die Werthaltigkeit dem damaligen Niveau wieder anzunähern.

Gemeinderat Tobias Rehorst begrüßt die Einführung einer Entschädigung für Betreuungsaufwendungen, da viele Gemeinderatsentscheidungen Familien mit Kindern betreffen und diese dadurch vielleicht auch zu eigenem ehrenamtlichen Engagement motiviert werden können. Die Anpassung der Entschädigung stellt faktisch keine Erhöhung dar, sondern fängt lediglich die Inflation auf oder bleibt teilweise sogar darunter.

Gemeinderat Norbert Knopf hält die Entschädigung für Betreuungsaufwendungen ebenfalls für zeitgemäß und fragt, ob es eine gesetzliche Richtschnur für eine turnusgemäße prozentuale Angleichung gibt.

Bürgermeister Dr. Eger antwortet, dass dies nicht der Fall ist, sondern es in der Hoheit des Gemeinderates liegt. Man muss es im Zusammenhang mit der Größe der Gemeinde und ihrem Aufgabenumfang sehen. Hier ist nicht nur das große Haushaltsvolumen, sondern auch die Menge an Eigenbetrieben zu gewichten. Nach seiner Einschätzung liegt die Gemeinde hier im durchschnittlichen Bereich.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig die als Anlage beigefügte Satzung über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit. Die Anlage ist Bestandteil des Beschlusses.

**Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 25. April 2017**

Sitzung am: Dienstag, 25. April 2017 Nr. 6 Ö	Tagesordnungspunkt: 14
Verschiedenes	- 022.3 -

Ausführungen und Beschluss:

Baumamtsleiter Werner Kleiber informiert darüber, dass der Förderrahmen des städtebaulichen Sanierungsprogramms von ursprünglich 4,8 Mio. € mit einem weiteren Zuwendungsbetrag von 1,5 Mio. € aufgestockt wurde. Somit hat er einen Erhöhungsbeitrag von insgesamt 2,5 Mio. erhalten und liegt jetzt bei 7,3 Mio. €.

Bürgermeister Dr. Eger bewertet die Entscheidung, in das Sanierungsprogramm einzusteigen, als absolut richtig und betont, dass die anfänglich teilweise geäußerten Bedenken sich als grundlos erwiesen haben und nun gänzlich zurückgestellt werden können.

Sitzung am: Dienstag, 25. April 2017 Nr. 6 Ö	Tagesordnungspunkt: 15
Wünsche und Anfragen	- 022.3 -

Ausführungen und Beschluss:

Gemeinderat Adolf Geider vermisst am Kreisel Erlengrund die Vorwegweiser für Richtung Malsch und Wiesloch, so dass es häufig vorkommt, dass ortsunkundige Fahrzeuge und Lkw's irrtümlicherweise in den Erlengrund einfahren. Er bittet um Überprüfung der 30-Kilometer-Regelung im Erlengrund.

Bürgermeister Dr. Eger sagt eine Prüfung zu.

Gemeinderat Manuel Thome verliest einen Antrag zur Förderung elektrischer Antriebe für Hoftore.

Bürgermeister Dr. Eger merkt an, dass er diesen Vorschlag bereits vor 15 Jahren gemacht und dieser damals keine Mehrheit im Gemeinderat gefunden hat.

Gemeinderat Rouven Dittmann berichtet von Hinweisen aus der Bevölkerung, dass sich die Parksituation in der Jahnstraße durch die Fahrzeuge eines dort angesiedelten Gewerbebetriebs erheblich verschlechtert hat und sich Verkehrsbehinderungen und Gefahrensituationen ergeben.

Bürgermeister Dr. Eger sagt eine Prüfung zu.

Gemeinderat Udo Back verliest einen Antrag zur Auflösung der Bushaldebucht in der Wieslocher Straße in Fahrtrichtung Ortsausgang und Errichtung eines Wartehäuschens und eines Fahrradständers auf der freiwerdenden Fläche.

Gemeinderat Siegfried Köck möchte im Hinblick auf die Anfrage eines Gewerbetreibenden im Erlengrund wissen, wann es mit der Parkraumbewirtschaftung weiter geht.

Gemeinderat Michael Herling wünscht Informationen über die aktuellen Zahlen der für 2017 zu erfüllenden Flüchtlingszuweisungen und die entsprechende Unterbringungssituation. Des Weiteren möchte er wissen, in welchem Maß es Bedarf an Sozialwohnungen oder Wohnungen für soziale Zwecke gibt. Er fragt, wann mit einer Vorlage über das Jugendzentrum zu rechnen ist.

Bürgermeister Dr. Eger stellt den Bericht des Flüchtlingsbeauftragten sowie eine Vorlage zum Neubau des Jugendzentrums für die Mai-Sitzung in Aussicht. Bezüglich der Sozialwohnungen informiert er, dass es keine Warteliste von Wohnberechtigungsschein-Inhabern gibt. Die kommunale Wohnungsbaugesellschaft ist dabei, dem Gemeinderat eine Grundstücksauswahl zu unterbreiten, und es ist zu entscheiden, was die öffentliche Hand bieten kann. Der Gemeinde fehlen Wohnbaugrundstücke. Bei der Erschließung von neuen Wohngebieten muss man den Mehrfamilienhaustypus stärker berücksichtigen.

Gemeinderat Norbert Knopf möchte Auskunft über die Baumfällaktion bei der Rentnerhütte, die vermute-termaßen über den Ausschlag von Totholzflächen hinausging.

Bürgermeister Dr. Eger sagt eine Beantwortung zu.

Gemeinderat Ferdinand Speckert bittet die baustellenbedingte Veränderung der Zufahrtsmöglichkeit zu den Lebensmittelmärkten vor allem aus Richtung Rot deutlicher zu kennzeichnen.